

08.12.2023

Beschlussempfehlung und Bericht

des Integrationsausschusses

zu dem Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/6845

Der Bund muss seine Zusagen einhalten und Erstorientierungskurse als Basis für einen gelungenen Integrationsprozess qualitativ und quantitativ stärken.

Berichterstatter

Abgeordneter Dr. Gregor Kaiser

Beschlussempfehlung

Der Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 18/6845 - wird unverändert angenommen.

Bericht

A Allgemeines

Der Antrag, Drucksache 18/6845, wurde durch das Plenum am 29. November 2023 nach der 1. Lesung zur alleinigen Beratung an den Integrationsausschuss überwiesen.

Ausreichende Sprachkenntnisse seien ein wichtiger Schlüssel zur gleichberechtigten Teilhabe von Asylsuchenden. Aufgrund der hohen Zugangszahlen steige die Nachfrage nach Erstorientierungskursen. Da viele Kurse überbelegt seien, müssen die Erstorientierungskurse qualitativ und quantitativ aufgestockt werden.

B Beratung

Die erstmalige Befassung im Integrationsausschuss und die abschließende Beratung und Abstimmung wurde am 6. Dezember 2023 durchgeführt.

Die Fraktion von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN betonte, dass Menschen, die neu an einem Ort ankommen, zunächst Orientierung bräuchten. Die Sprache gehöre auch zu dieser Orientierung. Es sei wichtig, den Menschen möglichst früh Orientierung zu geben. Daher sei es wichtig, die Erstorientierungskurse zu stärken.

Die Fraktion der CDU erklärte, dass sich der Antrag gegen eine Kürzung der Bundesmittel für Erstorientierungskurse richte. Der Betrag von 7.500 Euro, der für die Unterbringung inklusive Erstorientierungskurse in der letzten Ministerpräsidentenkonferenz beschlossen wurden, sei nicht ausreichend. Man müsse sich weiter dafür einsetzen, die Kommunen zu entlasten und die Mittel für die Erstorientierungskurse des Bundes zu erhalten.

Die Fraktion der SPD betonte, dass die Sprache der Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe sei. Daher sei es wichtig, möglichst viele Sprachkurse anzubieten. Gerade in ländlichen Gebieten gäbe es sehr lange Wartezeiten für Integrationskurse. Auch die Erstorientierungskurse müssten vom Land finanziert werden. Daher werde die Fraktion den Antrag ablehnen.

Die Fraktion der FDP sagte, dass man die Erstorientierungskurse brauche. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts müsse gemeinsam geschaut werden, wie Maßnahmen wie die Erstorientierungskurse finanziert werden könnten. Es sei kontraproduktiv, bei Einzelmaßnahmen auf Berlin zu verweisen. Daher werde die FDP-Fraktion den Antrag ablehnen.

Für die Landesregierung führte Ministerin Josefine Paul aus, dass Sie die Initiative der regierungstragenden Fraktionen ausdrücklich unterstütze. Es sei interessant, dass es einen Automatismus gäbe, wenn die Bundesregierung Gelder streiche, zu sagen, dass die Finanzierung vom Land übernommen werden müsse. Der Bund kürze die Mittel bei seinen Erstorientierungskursen. Es könne nicht die Antwort sein, dass das Land die Finanzierung übernehmen müsste. Auch die Erstorientierungskurse müssten ausreichend finanziert werden. Eine Reduzierung der Mittel würde dazu führen, dass das aktuelle Kursangebot auch in den Erstunterbringungseinrichtungen weitergeführt werden könnten. Dies sei nicht im Sinne der Integration.

Bei der Abstimmung wurde dieser mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD unverändert angenommen.

C Ergebnis

Der federführende Integrationsausschuss empfiehlt, den Antrag, Drucksache 18/6845, unverändert anzunehmen.

Dr. Gregor Kaiser
Vorsitz